

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.  
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkontrollamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postkontos: Dresden 1889  
Stroasse Riesa Nr. 32.

Nr. 265.

Dienstag, 14. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Fringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Seite (8 Silben) 25.— Mark; gelbdruckter und tabellarischer Satz 100%. Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 8.— Mark. Feste Tarife. Vermittlung Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsfrist: 14 Tage. Bestellungen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin ist keine Haftung für die Verzögerung der Lieferung der Zeitung oder für die Nichtlieferung der Zeitung oder für die Nichtzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zur Bemessung des Wertes der Sachbelege bei der Arbeiterversicherung sind vom 1. November 1922 ab für den Bezirk des Versicherungsamtes der Stadt Riesa bis auf weiteres die folgenden Ortspreise festgesetzt worden.

Verksamungamt beim Rat der Stadt Riesa, am 18. November 1922.

Gruppe der Versicherten	Wohnung		Verpflegung					Feuerung		Beleuchtung		Gesamtbetrag d. Wohnung, Verpflegung, Feuerung und Beleuchtung für einen Versicherten ohne Familie		
	für die Person	für die Person mit Familie	voll, für die Person	Früh- Fröh- Mittags- tages	teilweise, für die Person	Abend- Brot	für die Person	für die Person mit Familie	für die Person	für die Person mit Familie	jährlich	monatlich		
	jährlich		täglich					jährlich		jährlich				
Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Krankenpflegerpersonal, männliche Gastwirtschaftsangehörige, männliche Diensthofen, Handlungslehrlinge, Lehrlinge in Apotheken, Kellnerinnen, Hausnäherrinnen und Wäscherinnen	1620	1970	18450	3,75	7,50	28,—	—	12,50	1850	2815	720	1405	22140	1845
Weibliche Diensthofen, Aufwärtinnen, Bewerberlehrlinge	1350	—	16200	3,—	6,—	25,—	—	10,—	900	—	450	—	18900	1575

Unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Reinhard Viehch in Wopitz R. 14 ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.  
Großenhain, am 18. November 1922. 1817 EL. Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 217 des Handelsregisters, die Firma M. Albrecht in Riesa betz., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.  
Amtsgericht Riesa, den 6. November 1922.

Auf Blatt 13 des Genossenschaftsregisters, die Baugenossenschaft des Personals der Reichsbahnen zu Riesa, e. G. m. b. H. in Riesa betz., ist heute eingetragen worden: Robert Seip ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Eisenbahnbetriebsassistent Hans Kurt Kummer in Riesa ist Mitglied des Vorstandes.  
Amtsgericht Riesa, den 8. November 1922.

## Maul- und Klauenseuche.

Nachdem unter dem Viehbestande des Handelsmanns Karl Wreck, hier, Hauptstraße 1, ebenfalls die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird hiermit als Bezugsgebiet der bisher in unserer Bekanntmachung vom 8. Nov. 1922 als Beobachtungsgebiet geltende östliche Stadtteil — bis zum Albertplatz — und als Beobachtungsgebiet der ganze übrige Stadtbezirk bestimmt. Auf die geltenden, zur Einsicht ausliegenden gesetzlichen Bestimmungen wird verwiesen.  
Zu widerstandlungen werden strafrechtlich verfolgt.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 14. November 1922. RStG.

## Hohe Belohnung

Sichern wir demjenigen zu, der uns die Personen nachweist, die in der Nacht vom 10. zum 11. dieses Monats in unserer Kiesgrube am Gucklich die beiden eisernen Einfahrtsschrauben gewaltsam entfernt und gestohlen haben.  
Der Gemeindevorstand in Gröbza.

## Der Kampf um die große Koalition.

Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei hat an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in dem es heißt: Aus dem Bericht des „Vorwärts“ erfahren wir, daß Vertreter der Sozialdemokratie Jhnen bei den vor unserm Vorkommen geführten Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Deutschen Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich sei. Diese Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie war uns bei den mit Jhnen, Herr Reichskanzler, geführten Verhandlungen nicht bekannt gegeben. Wir hätten Jhnen sonst bereits bei diesen Verhandlungen (am Sonnabend, die Redaktion.) keinen Zweifel darüber gelassen, daß jede Nennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Ämter in einem umzubildenden Reichsministerium von uns abgelehnt werden muß, wenn diese von uns vorzuschlagenden Persönlichkeiten damit gewissermaßen als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden. Wir verlangen von den Parteien, mit denen wir zusammenarbeiten sollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuwirken, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reiches nicht mehr länger andauern darf, endlich geändert werden kann. Die Schaffung klarer Verhältnisse ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können daher nicht die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums übernehmen, das diese Erfordernisse nicht erfüllt.  
Ueber den Stand der Rabinetsfrage erklärt W. Z. B. folgendes: Der Reichskanzler hatte Montag nachmittag Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft — Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei — zu sich gebeten, um mit ihnen über die politische und parlamentarische Lage zu beraten. Er stellte an die Parteien der Arbeitsgemeinschaft die von der Sozialdemokratie angeregte Frage, ob sie die Beiziehung der Deutschen Volkspartei zu einer neu zu bildenden Regierungskoalition forderten. Nachdem die amtierenden Parteivertreter teils im Namen ihrer Fraktionen, teils für sich persönlich diese Frage bejaht hatten, erklärte der Reichskanzler, daß er sich nunmehr diesem Wunsch der Arbeitsgemeinschaft anschließen und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei alsbald von dieser Soziallage Kenntnis geben werde. Die sozialdemokratische Fraktion trat hierauf zu einer Sitzung zusammen und teilte in einer später einberufenen interfraktionellen Sitzung mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als Ergebnis ihrer Beratungen folgenden Beschluß mit:  
Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der Innern und Außenpolitik festhält und nur in ein Rabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erklärt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Forderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.

Auf Grund der so entstandenen Lage werden die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem für die Rabinetsbildung in Betracht kommenden Parteien heute weiter geführt werden.  
In demokratischen als auch in Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß der sozialdemokratische Fraktionsbeschluß die Grundlage zu neuen Verhandlungen bilde und daß durchaus die Möglichkeit bestehe, die große Koalition zustande zu bringen. Der „Vorwärts“ dagegen ist außerordentlich pessimistisch. Er spricht von einer schweren Krise und schreibt: Unsere Prophezeiung, wir schienen dem großen Crash näher zu sein, als der großen Koalition, beginnt sich in unheimlicher Weise zu bewahrheiten. Will man die Unterstützung der Sozialdemokratie, so muß man sich dazu bequemen, tatsächliche und merkliche Garantien dafür zu geben, daß eine

Politik getrieben wird, die mit der Auffassung der Sozialdemokratie und den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes vereinbar ist.

Die Sozialdemokratie von Frankfurt hielt eine Generalversammlung ab, in der eine Entschlieung angenommen wurde zur bestehenden Regierungskrise. Die Versammlung lehnte jede offene oder verkappte Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition ab, wenn nicht die von der Sozialdemokratie aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen zur Grundlage der Regierungspolitik gemacht, der Achtstundentag theoretisch gesichert, das freie Streikrecht gewahrt und die Umwandlung der Reichswehr in eine zuverlässige, unabhängige, republikanische Truppe garantiert werde.

Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ soll die durch die ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei geschaffene Lage in Zentrumskreisen trotz aller Bedenken, den Gedanken einer Auflösung des Reichstages und der Ausschreibung von Neuwahlen haben aufkaufen lassen. Der „Berl. Volksanz.“ will wissen, daß man auch in sozialdemokratischen Kreisen mit diesem Gedanken umgeht.

Wie W. Z. B. hört, weist zurzeit der Generaldirektor Guno von der Hamburg-Amerika-Linie in München und sollte gestern vom Ministerpräsidenten empfangen werden.

## Eine neue Note der Reichsregierung an die Reparationskommission.

Wie die Berliner Blätter melden, hat die Reichsregierung gestern über eine neue Note an die Reparationskommission einen Beschluß gefaßt. In der Note wird der Reparationskommission formell das Anerbieten gemacht, daß die Reichsbank sich mit einem Betrage von 500 Millionen Goldmark an einer Stützungsaktion für die Mark beteiligen werde, wenn es gelinzt, ausländische Bankkredite in gleicher Höhe zu dem gleichen Zwecke zu erhalten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß ein längerer Moratorium und zwar eine drei- bis vierjährige Befreiung von allen Barzahlungen auf Reparationskonto für eine erfolgreiche Stützungsaktion notwendig ist.

Darauf antwortete die Reparationskommission Montag nachmittag eine offizielle Sitzung ab, in der die Ergebnisse der Berliner Enquete, die Vorschläge und Anregungen, geprüft werden sollten, die der Kommission während ihres Aufenthaltes in Berlin unterbreitet worden sind.

Aus Brüssel wird gemeldet: Das weitere starke Sinken des Franc-Kurses (bis 1 Wd. Sterling = 80 Francs) hat die öffentliche Meinung weiterhin stark in Unruhe versetzt. Die Banken lehnten Depotsangelegenheiten wegen der heftigen Kurschwankungen einfach ab. Vor den Aushängeschildern der Banken folgte ein zahlreiches Publikum mit stichtlicher Erregung der Notierung der Depots. — Auch die Presse widmet der Frage weiter erhöhte Aufmerksamkeit. In einem Zeitungsinterview hob Ministerpräsident Theunis hervor, daß an der Börse eine sehr starke Tendenz zum Kurs von Dollar- und Pfundnoten herrsche, die ihm völlig unerklärlich sei, da weder die innere noch die äußere Lage Belgiens dazu Anlaß gebe. Die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands das Sinken des Franc verschuldet habe, lehnt Theunis ab.

## Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 13. November.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe von Ausschussberichten ohne jede Debatte.

In der Interpellation Dittmann (Soz.) wegen der Rechtfertigung des Bayerischen Volksgerichts in München im Landevertatsdroschchen erklärt der Reichsjustizminister, daß die Regierung die Interpellation innerhalb der ordnungsmäßigen Frist beantworten werde.

Das deutsch-polnische Bergwerksabkommen über Oberschlesien wird dem 40. Ausschuss überwiesen, der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes dem Rechtsausschuss und der Antrag aller Parteien, das Weisagaben erhoben werden dürfen, dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Der letzte Nachtrag zum Reichshaushaltsplan wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Angenommen wurde eine Entschlieung, die die Reichsregierung erucht, bei künftigen Feuerungsaktionen im Sinne einer großzügigen Familienpolitik die sozialen Zulagen stärker zu erhöhen und dafür zu sorgen, daß die unteren Beamtengruppen nicht schlechter gestellt werden als die ungelerten Arbeiter.

Nachdem ein Antrag Schulz-Bromberg (Dnat.) für morgen die Entgegennahme einer Regierungserklärung auf die Tagesordnung zu setzen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt ist, vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittag 2 Uhr: Kleine Anfragen, Geschäftsordnung des Reichstags und Interpellation Marg über die Not der Wissenschaft. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Die englisch-französischen Beziehungen.

Eine von Havas veröffentlichte offizielle französische Note nimmt Bezug auf die Londoner Nachrichten, wonach man in England von einer Krise in den Beziehungen zu Frankreich spreche und diese vor allem auf die Weigerung Woincaros zurückführe, dem Bunsche Lord Curzon entsprechend mit diesem vor der Laulaner Konferenz zusammenzutreffen. Die Note betont, Woincaro habe in London wissen lassen, er sei für diese Besprechung, müsse aber in der Kammer seine Ausführungen über die Außenpolitik der Regierung beenden. Außerdem könne er nicht offizielle Besprechungen über die Orientfrage in Abwesenheit eines italienischen Vertreters führen. Mussolini könne aber nicht nach London oder Paris kommen. Dagegen wäre er bereit, in eine weniger entfernt liegende Stadt nach Genf oder Lausanne zu kommen. Woincaro habe daher mitgeteilt, er sei bereit, Ende dieser Woche nach einer der beiden erwähnten Städte oder auch sonst wohin zu kommen, um mit Lord Curzon und Mussolini zusammenzutreffen, dies um so lieber, als man in Paris übereinstimmt, daß hinsichtlich der Bedingungen des neuen türkischen Friedensvertrages das interalliierte Einvernehmen bereits hergestellt sei. Die Londoner Nachricht, wonach der französische Oberkommissar in Konstantinopel General Bellet nur bekräftigt zur Verhängung des Belagerungszustandes ermächtigt worden sei, wird dahin berichtet, daß an und für sich völlig vorbehaltslos Instruktionen Woincaros an General Bellet durch eine Störung der Nachrichtenverbindung nicht rechtzeitig nach Konstantinopel gelangt seien. Was ein event. Vorgehen gegen die Türkei anlangt, so sei nicht zweifelhaft, daß, wenn diese die Konvention von Mudania verletzten und die allierten Truppen in der neutralen Zone angreifen würde, die französische Regierung solche Nachenschaften nicht dulden würde.

## Feuerungskrawalle, Ausperrungen, Streiks.

Nach Blättermeldungen aus Köln nahmen gestern die Feuerungskrawalle ihren Fortgang. In einem Vorort verlegte die Polizeimannschaft mehrere Personen durch Schüsse und Säbelstöße. Der Vorhänge des kommunistischen Kontrollausschusses wurde von der Besatzungsbehörde verhaftet.

Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde in Düsseldorf eine Reihe weiterer industrieller Betriebe durch von auswärts eindringende Arbeiter besetzt. Von Wert zu Wert ziehende Truppen zwingen die Arbeiter zum Feiern. Eine kommunistische Verfassung am Lindeburgenwall